

Diese Versicherung Namens der deutschen Sozialdemokratie abzugeben, halten wir uns durch Ihre Zustimmung für berufen. Bektäftigten Sie diese Versicherung und bekunden Sie, daß wir auch in Deutschland unsere alten Wege wandeln wollen, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: die internationale, die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten stimmen drei Mal begeistert in den Ruf ein und singen den ersten Vers der Marseillaise.

Singer erklärt den Parteitag für geschlossen.

Schluß 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ergebniß der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge 1—98 Seite 88—98. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl besteht sich auf die Abstimmung.

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2. 3 (S. 105). 4 (S. 180). 36. 38. 39. 40. 45 (S. 170). 46. 49. 50. 51 (S. 179). 55 (S. 121). 57. 58. 60. 77 (S. 180).

Durch Abstimmung oder Kommissionsüberweisung erledigte Anträge.

1 (S. 106). 5—12 (S. 241). 13—35 (S. 152). 37 (S. 170). 56 (S. 241). 61 (S. 152). 68. 71—74. 76. 79. 82—84. 86—89 (S. 152).

Abgelehnte Anträge.

41. 42. 44 (S. 171). 53. 54 (S. 131). 59 (S. 231). 62 (S. 183). 67 (S. 231). 69 (S. 131). 78. 80 (S. 175). 81 (S. 231). 90 (S. 183). 92 (S. 239).

Angenommene Anträge.

Antrag 12a (Organisations-Statut der Partei), 43 (Neu-Herausgabe des Vereins- und Versammlungsrechts S. 171), 47 (Verbot der Annoncenaufnahme von Firmen, über die Streit oder Sperre verhängt ist S. 174), 48 (Agitation gegen Verschlechterung des Krankenlastergesetzes S. 180), 52 (Fraktionsantrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen S. 131), 63 (Meißeier-Resolution S. 154), 64 (Welt-politik-Resolution S. 170, Wortlaut siehe unten), 65 (Verkehrs- und Handelspolitik-Resolution S. 212, Wortlaut siehe unten), 66 (Wandtagswahl-Resolution S. 239, Wortlaut siehe unten), 70 (Parlamentarische Aktion gegen preussische Polenpolitik S. 131), 75 (Größere Berücksichtigung der Arbeiterinnen-Interessen in der Parteipresse S. 174), 85 (Abend nächster Parteitag S. 231), 91 (Ausnahme des Frauenkonferenz-Protokolls in das Parteitag-Protokoll S. 200), 93 (Amendement zur Handelspolitik-Resolution) S. 212 und Resolution Scheibe (beir. Kopfennoth S. 170) S. 179, Antrag König auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Wohnungsfrage zu setzen S. 183).

Resolutionen und Anträge

die im Laufe der Verhandlungen Abänderungen erfahren haben.

Antrag 64. (Resolution zum Referat über Weltpolitik):

Der Parteitag erklärt:

Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt-beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des sich ansammelnden Kapitals, dem die Ausbeutungsmöglichkeiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu verwirklichen trachtet.

Diese Politik beruht auf der gewalttätigen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschichten; sie führt aber auch nothwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubgier durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorrufen.

Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Neigungen der rivalisierenden Mächte und in Folge dessen zu unerträglichen Kollisionen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam erlangenen Kultur- und Verkehrsbeziehungen in Frage stellen, soziale Reformen im Innern verhindern und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen.

Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerthen und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheit, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschichten geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutige Hohn auf Kultur und Zivilisation.

Der Parteitag erklärt im Besonderen:

Die deutsch-chinesische Kriegspolitik, für welche die Reichsregierung die Verantwortung übernommen hat, beruht außer auf der allgemeinen Profnutth der Bourgeoisie, auf militärischer Raubgier und der chauvinistischen und ehrgeizigen Leidenschaft, ein „größeres Deutschland“ zu schaffen.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hält diese Politik für verwerflich und erhebt den entschiedensten Widerspruch gegen die abenteuerliche gewalttätige Chinapolitik der Regierung, welche für das Volk schwere Gefahren herbeiführt und ungeheure Opfer an Gut und Blut erfordert.

In den ohne Verjaugung und Genehmigung der Volksvertretung vorgenommenen Truppenbewegungen nach China, sowie in der Verwendung der hierzu erforderlichen Geldmittel erblickt der Parteitag einen verfassungswidrigen und daher ungesetzlichen Akt der Regierungsgewalt. Der Parteitag erklärt den sofortigen Zusammentritt des Reichstages für geboten, um den Vertretern der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu schaffen, die absolute Gewaltspolitik der Regierung sowie die volksfeindliche Politik der Parteien zu brandmarken, welche der Mißachtung der Volksvertretung und dem persönlichen Regiment Vorzug leisten.

Der Parteitag fordert schließlich alle Organe der Partei auf, durch energische Ausbreitung der Protestbewegung die volksfeindliche Chinapolitik zu bekämpfen. Singer.

Resolution gegen den Transvaal-Krieg (S. 170):

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt sich in Uebereinstimmung mit den organisierten englischen Arbeitern gegen den Raubkrieg des englischen Kapitalismus, der zur gewalttätigen Unterdrückung der Transvaal-Republic geführt hat.

Der Parteitag erkennt in dieser brutalen Aktion eine Wirkung jenes völkerverwüthenden Kapitalismus, der Klassen und Nationen zum Vortheil einer kleinen Anzahl skrupelloser kapitalistischer Beuteplünderer ausplündert und unterjocht.

Da die bürgerlichen Klassen in Deutschland, die in erhabenster sittlicher Entschlossenheit über diese Raubpolitik sich nicht genug thun konnten, jetzt selber sich durch ihre Chinapolitik zum Mitschuldigen gemacht haben, erhebt die deutsche Arbeiterklasse, deren Sympathie stets auf Seiten aller Unterdrückten oder für ihre Freiheit und Selbständigkeits kämpfen den Völkern, auch bei dieser Gelegenheit ihre Stimme für Humanität, Kultur und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Antrag 65 (Resolution zum Referat über Verkehrs- und Handelspolitik):

In dem Ausgleich der Produktions- und vornehmlich der Arbeitsbedingungen auf dem nationalen sowie dem internationalen Arbeitsmarkt erblickt die Sozialdemokratie eine

wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche, soziale und politische Erhaltung der Arbeiterklasse. Das Tempo dieses Ausgleichs wird durch die Verkehrs- und Handelspolitik eines Landes in weitgehendem Maße bestimmt.

Die gegenwärtige Verkehrspolitik im deutschen Reich, der einheitlichen Organisation entbehrend, ohne maßgebende Weisung seitens der Volksvertretung, überwiegend nach fiskalischen Gesichtspunkten geleitet, steht nicht nur jeder wesentlichen Erleichterung des Verkehrs im Wege, sie verhindert namentlich den Arbeiter, die Chancen des Arbeitsmarktes auszunutzen; sie verlangt ferner, gehemmt durch parlamentarischen Widerstand, auf dem Gebiete des Wasserstraßenverkehrs eine weitgehende Verbilligung des Gütertransports und gleichzeitig die Erschließung weiterer Gebiete für die Industrie, woraus der Arbeiter gleichzeitig als Produzent wie als Verbraucher Vorteile zu erwarten hätte.

Hält die herrschende Verkehrspolitik den Ausgleich der Produktions- und Arbeitsbedingungen auf dem inneren Markte zum Schaden der Arbeiterklasse, zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft hinan, so feuert die gegenwärtig durch ihre Schutzkle für das Volk schon schädliche Handelspolitik Zielen zu, die für Deutschland in seinen Beziehungen zum Weltmarkt die gleichen Folgen zeitigen müssen wie die Verkehrspolitik innerhalb der nationalen Volkswirtschaft. Die Großgrundbesitzer und der übernehmende Teil der Industriellen, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Kartelle streben unter nicht zu verkennender Begünstigung seitens der Regierung eine Schutzpolitik an, die Deutschland von der Weltwirtschaft in hohem Grade abschließen möchte, den Interessen aber den inneren Markt, ungehindert von jeglicher Konkurrenz des Auslandes, zur Ausbeutung preisgeben würde. Unter der Devise: „Schutz der nationalen Arbeit“ soll der Verbraucher, vornehmlich die Arbeiterklasse, der Preisbildung des vereinigtsten Unternehmertums macht- und hilflos überlassen werden. Da die deutsche Einuhr zu vier Fünfteln aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln besteht, verteuert diese Schutzpolitik die wichtigsten Produktionsmittel und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse, die im Vergleiche zum konkurrierenden Ausland schon bisher schlechter gestellt ist, mindert dadurch in absehbarer Zeit deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und beeinträchtigt daher nicht nur das Streben der deutschen Arbeiterklasse nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch die Stellung der deutschen Produktion auf dem Weltmarkt, auf dem Deutschland nur mit billigen Rohstoffen und mit einer gut gelohnten und gut trainierten Arbeiterklasse seinen Platz dauernd behaupten kann. Die Annäherung der Produktions- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Länder der Weltwirtschaft wird gehemmt und damit die Herbeiführung der internationalen Gleichzeitigkeit der Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem Gebiete aufgehalten.

Von diesen Ermächtigungen ausgehend, tritt die sozialdemokratische Partei Deutschlands im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen und Aufgaben der Verkehrs- und Handelspolitik ein:

- A. 1) für eine innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes einheitliche Gestaltung der Verkehrspolitik durch Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich unter Verwerfung des vornehmlich in Preußen großgezogenen fiskalischen Verwaltungsprinzips;
- 2) für weitgehende Ermäßigung der Personentarife zur Verwirklichung des juristisch-formalen Rechts der Freizügigkeit der Arbeiter;
- 3) für den Ausbau eines deutschen Wasserstraßensystems, im Notfalle durch das Reich;
- 4) für weitgehende Ermäßigung der Gütertarife, besonders für Lebensmittel, von den Seehäfen und den Grenzstationen ins Innere des Landes.
- B. 1) für Abrechnung aller Zölle und aller Zollrücklagen, besonders auf Lebensmittel. Für mögliche Befreiung event. Gerabekung der bisherigen Zolllasten bei der Herabsetzung des Zolltarifs;
- 2) für eine Handelsvertragspolitik, die sich das Ziel setzt, die wechselseitigen Handelsbeschränkungen fortwährend aufzuheben und den freien Weltverkehr zu fördern;
- 3) für Verwerfung aller zollgesetzlichen Maßnahmen (wie Maximal- und Minimaltarif, Wertzölle etc.), die einen engeren handelspolitischen Anschluß Deutschlands an andere Staaten erschweren;
- 4) für das Prinzip der „offenen Tür“ und gegen das der „Interessensphäre“ in Bezug auf China und alle außereuropäischen Gebiete.

Antrag 66 (Beschluss über die Beteiligung an den Landtagswahlen): In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlrecht besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahltagtation einzutreten.

Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Partei-Vorstand das Zentralwahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Landtagswahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.

Belel.

Bericht über die Frauenkonferenz in Mainz

am 15. und 16. September 1900.

Die erste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands hat getagt und in drei Sitzungen ihr Arbeitsprogramm erledigt. Daß die Konferenz einem tatsächlich vorhandenen und empfundenen Bedürfnis entsprach, daß sie in weiten Kreisen der Sozialdemokratie Interesse erweckt hatte, bewies die rege Beteiligung. Die Konferenz war durch 20 Delegierte besetzt, und zwar aus folgenden Orten durch die Genossinnen: Atona-Wandsbeck: Kähler; Berlin: Baader, Brer, Thiede und Wengels; Brestow-Zeltow: Bogel; Dresden: Ledebour; Düsseldorf: Gottbusen; Hamburg: Steinbach, Fionetti und Pley; Köln: Feise; Leipzig: Dunter; Offenbach: Eröger; Stuttgart: Zetkin; Wertingen-Augsburg: Greifenberg; aus folgenden Orten durch die Genossen: Halberstadt: Markwald; Kiel: Adler; Neumünster: Jürs; Ottenfen: Jens. — Als Gäste waren anwesend die Genossinnen: Wachslein-Altenburg, Fürth-Frankfurt a. M., Braun-Königsberg und die Genossen: Adolf Braun-Kürnberg, Eichhorn-Mannheim, Kagenstein-Mannheim, Bruns-Wreslau, Fernerstorfer-Wien, Askew-London. Im Auftrage der hiesigen Regierung wohnte die Assistentin der Fabrikinspektion für Mainz, Frä. Schumann, den Beratungen bei. Auch in Hessen, das kein Vereinsgesetz nach preussischem Muster hat, ließen es die Polizeibehörden an der üblichen Beachtung der proletarischen Frauenbewegung nicht fehlen. Sie hatten Stenographen entendet, welche mit der Aufnahme der Verhandlungen beauftragt waren.

Genossin Baader, als Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands und Eingeweihten der Konferenz, eröffnete dieselbe mit einigen herzlichen Worten der Begrüßung. Unter Hinweis auf die Entwicklung der Sozialdemokratie aus kleinen Anfängen zur stärksten Partei des Deutschen Reiches, forderte sie die Anwesenden auf, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, daß auch die proletarische Frauenbewegung sich gesund und kraftvoll entfalte und zu einer achtunggebietenden Macht werde. Die Konferenz solle dazu beitragen, der sozialdemokratischen Frauenbewegung größere Einheitlichkeit und Stärke zu geben, um sie in den Stand zu setzen, alle ihr zufallenden Aufgaben im Dienste des weiblichen Proletariats und der Sozialdemokratie zu lösen. In das Bureau wurden gewählt: die Genossinnen Zetkin und Baader als Vorsitzende, die Genossinnen Pley und Ledebour als Schriftführerinnen. Die Konferenz nahm fast debattelos eine Geschäftsordnung an, welche die Redezeit für die Begründer von Anträgen auf fünfzehn, die für Diskussionsredner auf zehn Minuten festsetzte und bestimmte, daß Niemand zu einem Punkte mehr als zwei Mal das Wort erhalten solle. Durch einstimmige Billigung der provisorischen Tagesordnung wurden alle vorliegenden Anträge auf Abänderung derselben erledigt.

Die Tagesordnung lautet also:

1. der Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen;
2. a) die Agitation unter dem weiblichen Proletariat;
- b) die Agitation für den geschlichen Arbeiterkampf;
3. die Bildungsvereine für Frauen und Mädchen;
4. Allgemeines.

Die Verhandlungen zum ersten Punkte der Tagesordnung: Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen mußten im Wesentlichen auf die vorliegenden

Anträge der Genossinnen Kähler und Zetkin an. Diese Anträge fehlten in eingehender Weise die Aufgaben und Stellung der Vertrauenspersonen der Genossinnen fest. Ihre meisten Bestimmungen deckten sich inhaltlich vollkommen und wichen nur im Wortlaut von einander ab. Einen Hauptunterschied in den beiden Entwürfen stellten nur die Vorschläge dar, die Wahl der Vertrauensperson der Genossinnen von ganz Deutschland betreffend. Genossin Kähler wies diese Wahl einer Konferenz zu, deren jährlicher Zusammentritt statutarisch festgelegt werden sollte. Der Antrag der Genossin Zetkin überließ die Wahl der Vertrauensperson, wie bisher, den Berliner Genossinnen. In den Debatten zu der strittigen Frage wurde von den Genossinnen Kähler, Gottluisen, Thiede u. A. betont, daß den Genossinnen aller Orte das Recht gesichert werden müsse, über die Wahl der Vertrauensperson für das ganze Reich mitentscheiden zu können. Des Weiteren, daß eine alljährliche Konferenz der Genossinnen wünschenswert sei, schon um Klarheit über die geleistete Arbeit zu schaffen und die Durchführung gefasster Beschlüsse zu überwachen. Andererseits wurde von den Genossinnen Bieg, Waader, Zetkin, Wengels zc. erklärt, daß die alljährliche Wiederkehr einer Konferenz sicher äußerst wünschenswert, wahrscheinlich auch dringend nötig, dagegen vielleicht leider nicht möglich sei. Man könne also nicht von vornherein festlegen, daß jedes Jahr eine Konferenz stattfinden müsse. Unter diesen Umständen also und da man Berlin als Sitz der Vertrauensperson für ganz Deutschland bestimmt, müsse man bei Anerkennung des Rechtes der Genossinnen aller Orte die Wahl der Zentralvertrauensperson aus naheliegenden Zweckmäßigkeitsgründen den Berliner Genossinnen überlassen. Nach kurzen Debatten einigte man sich dahin, von der Festlegung einer alljährlich stattfindenden Konferenz abzugehen, jedoch die Wahl der Vertrauensperson jedes Mal auf einer Konferenz vorzunehmen. Ausdrücklich wurde erklärt, daß die Vertrauensperson der Genossinnen von ganz Deutschland — falls in dem einen oder anderen Jahre keine Konferenz tagen könne — ihr Amt bis zum Zusammentritt einer nächsten Tagung weiter zu führen habe. Die übrigen Bestimmungen betreffend die Pflichten und Stellung der Vertrauenspersonen wurden je nach der zweckmäßigeren und klareren Fassung bald dem einen, bald dem anderen Antrag entsprechend, fast stets einstimmig und in der Mehrzahl debattelos angenommen. Das Bureau erhielt den Auftrag, die einzelnen Bestimmungen in einheitlicher und übersichtlicher Form zusammen zu stellen. Die Zentralvertrauensperson hat dafür zu sorgen, daß den einzelnen Vertrauenspersonen die Anleitung für ihre Amtsführung zugeht.

Das Regulativ für die örtlichen Vertrauenspersonen erhielt folgenden Wortlaut:

§ 1. In jeder größeren Stadt haben die Genossinnen nach vorausgegangener Besprechung mit den Genossen eine weibliche Vertreterin zu wählen, welche am Ort die Agitation und die Heranziehung des weiblichen Proletariats zur modernen Arbeiterbewegung planmäßig betreibt.

§ 2. Die Wahl muß in öffentlicher Frauenversammlung stattfinden. Die Vertrauenspersonen werden auf die Dauer eines Jahres gewählt und sind wieder wählbar.

§ 3. Die Vertrauenspersonen der einzelnen Orte eines Bezirks haben miteinander, mit der Vertrauensperson des Hauptorts und der Vertrauensperson für ganz Deutschland stete Fühlung zu halten und jährlich mindestens einmal zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzutreten.

§ 4. Des Weiteren haben sie dafür zu sorgen, daß die Forderungen der proletarischen Frauen und Mädchen auf allen Gebieten des sozialen Lebens mit Nachdruck vertreten werden. Sie müssen darauf hinwirken, daß das weibliche Proletariat an allen Kämpfen und Aufgaben seiner Klasse teilnimmt und daß hinwieder den Interessen und Bestrebungen der Arbeiterinnen moralische und materielle Unterstützung seitens der organisierten Arbeiterschaft zu Teil wird.

Das soll erreicht werden, indem die Vertrauenspersonen

- a) Versammlungen veranstalten, in denen allgemeine wirtschaftliche und politische Fragen behandelt werden. Versammlungen, in denen die proletarischen Frauen vom Standpunkt ihrer Interessen aus Stellung zu den auftauchenden Tagesfragen, sowie zu allen Kämpfen der Arbeiterklasse nehmen; Versammlungen, die dem Kampf für die Forderungen dienen, welche die Proletarierinnen stellen in ihrer Eigenschaft als Glieder der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiterklasse und als Angehörige des sozial unfreien weiblichen Geschlechts; (Siehe Beschlüsse des Gothaer Parteitags.)
- b) für die Herausgabe und die Verbreitung zweckentsprechender, leichtfaßlicher Broschüren und Flugblätter sorgen;
- c) darauf hinwirken, daß die lokale Arbeiterpresse die Aufklärung des weiblichen Proletariats mit dem gebührenden Nachdruck fördert und mit aller Energie für seine Interessen, sowie für die Bestrebungen der Genossinnen eintritt;
- d) Anknüpfungspunkte suchen für die Agitation und Organisation unter den Massen der Industrie-Arbeiterinnen durch solche Mittel und Wege, welche von den lokalen Umständen als praktisch erscheinen;
- e) Material über die Lage der Arbeiter sammeln;
- f) für die Aufbringung materieller Mittel zu sorgen, welche für vorstehende Zwecke verwendet werden.

Als Regulativ für die Kreisvertrauensperson wird beschlossen:

Die Kreisvertrauensperson muß alle Jahre einen Situations- und Tätigkeitsbericht für den ganzen Kreis einleiden.

Die Vertrauensperson des Hauptorts eines Bezirks hat die Beziehungen zwischen den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte in die Wege zu leiten und eventuell zu vermitteln, sowie eine feste Verbindung mit der Vertrauensperson der Genossinnen für ganz Deutschland zu unterhalten. Letzterer muß je alle sechs Monate einen Situations- und Tätigkeitsbericht für den ganzen Bezirk einleiden, der in der „Gleichheit“ veröffentlicht wird.

Als Regulativ für die Zentral-Vertrauensperson wird beschlossen:

§ 1. Der Sitz der Zentral-Vertrauensperson ist Berlin.

Die Wahl derselben findet auf der Konferenz statt.

Die Berliner Genossinnen wählen eine Revisions-Kommission, bestehend aus drei Genossinnen.

Vierteljährlich muß ein Revisions-Bericht in der „Gleichheit“ veröffentlicht werden.

§ 2. Die Zentral-Vertrauensperson hat dafür zu sorgen, daß die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse zur Ausführung kommen.

Sie hat im Sinne der oben angeführten Gesichtspunkte dafür zu wirken, daß die Agitation in ganz Deutschland einheitlich und kräftig betrieben wird.

Ihr liegt es ob, durch Wort und Schrift eine systematische Agitations- und Organisationsarbeit der Genossen in Orten und Gegenden anzubahnen und zu sichern, wo bisher die proletarischen Frauen und Mädchen dem Kampf für die Befreiung ihrer Klasse und ihres Geschlechts verständnislos gegenüber standen. Sie hat des Weiteren für die Einheitlichkeit der Aktionen zu sorgen, durch welche die Genossinnen im ganzen Reich den Kampf für diejenigen ihrer Forderungen führen, welche jeweilig in den Vordergrund geschoben werden.

Ein Hauptangemerk hat sie der Herausgabe geeigneter Flugblätter zuzuwenden, die der allgemeinen Agitation oder der Aufklärung über besondere Forderungen und Fragen dienen. Was Inhalt, Fassung und Ausgestaltung der Flugblätter anbetrifft, so hat sie thunlichst die Anforderungen und Wünsche zu berücksichtigen, welche von den Vertrauenspersonen im Lande geäußert werden.

Die Vertrauensperson der Genossinnen in ganz Deutschland hat auf Grund der ihr zugehenden Einzelberichte jährlich einen Gesamtbericht ausarbeiten, welcher in der „Gleichheit“ veröffentlicht und in der Tätigkeitsbericht des Vorstands der sozialdemokratischen Partei aufgenommen wird.

§ 3. Publikationsorgan ist die „Gleichheit“. Dieselbe wird den Vertrauenspersonen gratis zur Verfügung gestellt.

§ 4. Das beschlossene Regulativ ist in Druck zu geben und allen Vertrauenspersonen zur besseren Orientierung zu überreichen.

Zu längeren, anregenden Debatten führte der Passus des Antrags Zetkin: „Die Vertrauenspersonen der Genossinnen sind überall, wo die Vereinsgesetze dem nicht entgegenstehen, von den Organen der allgemeinen Bewegung zu allen Arbeiten und Sitzungen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen heranzuziehen.“

Gegen das Prinzip der Forderung wurden von keiner Seite Einwendungen erhoben. Wohl aber wurden Bedenken geäußert, ob ihre Verwirklichung durchzusetzen sei. Mit trefflicher Sachkenntnis wies besonders Genossin Ihrer darauf hin, daß der Antrag in der vorliegenden Form unter Umständen dazu führen könne, daß die Vertrauenspersonen der Genossinnen und Genossen, deren praktisches Handhinarbeiten gesichert werden solle, in Konflikt mit den Vereinsgesetzen jener Länder zu bringen, wo die Frauen von der Teilnahme an politischen Vereinen ausgeschlossen sind. Besprechungen der Vertrauenspersonen könnten eventuell als Sitzungen eines politischen Vereins erklärt werden. Die Genossinnen Wengels, Zeise und Gottkhusen sprachen in ähnlichem Sinne. Letztere wies in einem Situationsbericht über die Bewegung in ihrer Heimath darauf hin, daß die Männer dort noch sehr rückständig seien und ihre Frauen von der Bewegung fernhielten, eine Klage, die wiederholt auch von anderer Seite erhoben wurde. Genossin Steinbach hielt den Antrag für verfrüht. In den Männern aller Kreise stecke noch zu sehr der alte Adam, der gewohnt sei, über die Frau zu herrschen. Der Mann könne nicht aus seiner Haut. Die Frauen aber seien vielfach noch ihren Rechten und Aufgaben gegenüber indifferent und schwach. Erst wenn sich eine Wandlung der Geister vollzogen, würden wir weiter kommen. Die Genossinnen Waader, Zieg, Greifenberg, Fürth, Zetkin und Genosse Kassenstein traten für den Antrag ein. Die Genossinnen Waader und Zieg wendeten sich insbesondere gegen die Befürchtungen, die Vereinsgesetze könnten in bestimmten Ländern das Zusammenarbeiten der Vertrauenspersonen der Genossinnen und Genossen hindern. Durch gerichtliche Entscheidung in Sachen der Anklage gegen den Partei-Vorstand, die Vertrauenspersonen und Wahlvereinsvorsitzenden von Berlin sei anerkannt worden, daß Vertrauenspersonen gelegentlich zur Besprechung von einzelnen Angelegenheiten zusammenzutreten könnten. Der Begriff des politischen Vereins gelte nicht für gelegentliche, unregelmäßige Zusammenkünfte zu einem ganz bestimmten Zwecke. Er sei nur anwendbar auf regelmäßige Sitzungen zur Erledigung fortlaufender Geschäfte. Genossin Zieg betonte noch, daß die Verwirklichung der erhobenen Forderung von größter Wichtigkeit für das praktische Zusammenarbeiten der Genossinnen und Genossen sei. Genossin Dunter führte aus, daß die Bedenken betreffs der eventuellen Anwendung des Vereinsgesetzes durch einen entsprechenden Zusatz beseitigt werden könnten. Sie wie Genossin Ledebour bekräftigten den Passus besonders mit Rücksicht darauf, daß die Vertrauenspersonen der Genossinnen nur in stetem Einvernehmen mit den Vertrauenspersonen der Genossen erfolgreich wirken könnten. Genossin Fürth verteidigte die erhobene Forderung als eine selbstverständliche Forderung des Gleichberechtigung. Schließlich wurde der Antrag mit zehn gegen acht Stimmen angenommen.

Zu Punkt 2a: Agitation unter dem weiblichen Proletariat, entwickelte sich eine rege und eingehende Debatte, an der sich fast alle Delegirte und zahlreiche Gäste beteiligten. Einmüthig ging die Ansicht dahin, daß ohne Vernachlässigung der Agitation unter den proletarischen Hausfrauen künftighin der Agitation unter den Arbeiterinnen größere Aufmerksamkeit und mehr Kraft gewidmet werden müßte. Diese Agitation solle vor Allem der eigentlichen gewerkschaftlichen Agitation vorarbeiten, dürfe aber auch die politische Aufklärung der Arbeiterinnen nicht aus dem Auge verlieren. Die Konferenz be-

schäftigte sich zuerst mit der Frage der Agitation durch die Schrift. Zwei im Wesentlichen fast gleiche Anträge lagen dazu vor, die Anträge der Genossinnen Braun und Zetkin. Beide unterschieden sich nur dadurch, daß der Antrag der Genossin Braun einzelne Artikel der „Gleichheit“ als Flugblätter verbreitet wissen wollte, der andere aber die Einsetzung einer Kommission forderte, welche mit der Herausgabe der Broschüren, Flugblätter zc. zu betrauen sei. Die Genossinnen Gottkhusen, Zetkin, Wengels und Andere noch wendeten sich gegen den Vorschlag der Genossin Braun. Der Charakter der „Gleichheit“ schließe aus, daß Artikel aus ihr unter der Masse der indifferenten Frauen und Arbeiterinnen verbreitet werden könnten. Dagegen wurde die Herausgabe von Flugblättern in der von Genossin Zetkin empfohlenen Form allgemein als nothwendig bezeichnet. Genossin Steinbach führte aus, daß die lokalen Umstände sehr oft die Verbreitung von Flugblättern bedingten, die für eine ganz bestimmte Arbeiterinnenkategorie bestimmt seien oder ganz bestimmte Vorkommnisse und Verhältnisse behandeln müßten. Angesichts dieses Umstandes müsse es den Genossinnen bezu. den Vertrauenspersonen überlassen bleiben, für die Herausgabe von Flugblättern zu sorgen. Eine Zentralstelle könne in dieser Beziehung nicht das Geeignete schaffen. Die Genossinnen Ihrer, Kähler und Zetkin erwiderten, daß die Aufgaben der Kommission nicht im Gegensatz zu dem einschlägigen Wirken der örtlichen Vertrauenspersonen stehen, vielmehr dasselbe vervollständigen. Selbstredend müsse die Herausgabe von Flugblättern lokalen Charakters Sache der Genossinnen der einzelnen Orte sein. Der Kommission liege dagegen ob, für die Herausgabe solcher Flugblätter zu sorgen, welche allgemein wichtige Fragen behandeln und über das ganze Reich verbreitet werden könnten. Zur Frage selbst nahm die Konferenz den Antrag Zetkin an. Derselbe lautet:

„Zur Agitation unter den Arbeiterinnen sind, wie es schon der Parteitag zu Gotha beschloß, in bestimmten Zwischenräumen kurze, populär gehaltene Flugblätter herauszugeben, welche in knapper, kräftiger Darstellung einzelne Seiten der Arbeiterinnen-Interessen und der Frauenfrage behandeln (Lohnfrage, Arbeitszeit, Lieberstundenarbeit, sanitäre Bedingungen, gesetzlicher Schutz, Gewerkschaftsorganisation, Gewerbegerichte, Krankenversicherung zc. zc.). Diese Flugblätter sollen die Form kleiner Broschüren erhalten, auf gutem Papier gedruckt und geschmackvoll ausgestattet werden. Mit ihrer Herausgabe wird eine Kommission betraut, die aus fünf Gliedern besteht und von den Berliner Genossinnen gewählt wird.“

Einer Anregung des Genossen Ledebour entsprechend wurde beschlossen, daß von den Berliner Genossinnen die vorgeschlagene fünfgliederige Kommission gewählt werden solle.

Weitere Debatten kreisten um die Frage, ob dem Antrag der Hamburger Genossinnen gemäß die Herausgabe einer besonderen Frauenzeitung zu fordern sei, welche allen größeren Parteiblättern als Beilage beigegeben werden solle. Genossin Zieg begründete den Antrag unter Hinweis auf die Bedeutung der Presse für die Agitation und auf die vorliegende Nothwendigkeit, Mittel der schriftlichen Agitation zu schaffen, die in die Kreise der indifferenten Frauen bringen. Genossin Gottkhusen sprach in dem gleichen Sinne. Die „Gleichheit“ könne unter der Masse der gleichgiltigen Frauen nicht verbreitet werden, zu diesem Zwecke sei sie nicht populär genug. Die Genossinnen Steinbach, Ihrer, Greifenberg und Andere wendeten sich gegen die Herausgabe einer besonderen Frauenzeitung. Erstere betonte besonders die vorliegende Gefahr, daß der Werth des Inhalts der Anziehungskraft auf die Massen geopfert werde, so daß das Blatt nicht erzieherisch auf die Frauen wirken könne. Genossin Ihrer führte aus, daß eine besondere Frauenzeitung die Frauen nicht zur Lektüre unserer politischen und gewerkschaftlichen Presse erziehe, sondern sie vielmehr derselben entfremde. Worauf es ankomme, sei, daß unsere Presse die Interessen der

Frauen und Arbeiterinnen in gebührender Weise berücksichtigen. Das zu erzielen, sei aber Sache der Genossinnen der einzelnen Orte, die einerseits ihren Einfluß auf die Redaktionen bezw. Preschkommissionen ausüben, andererseits den Blättern Einsendungen und Beiträge zugehen bezw. Mitarbeiterinnen zuweisen müßten. Von den Genossinnen Vogel, Thiede, Tröger und vom Genossen Ragenstein wurde angeregt, ob es nicht rathsam sei, den Charakter der „Gleichheit“ zu ändern, sie populär zu gestalten und in weiteren Kreisen zur Verbreitung zu bringen. Der Genosse Markwald, die Genossinnen Greifenberg, Vaader und Jettin weisen diesen Vorschlag zurück. Die fortgeschrittenen Genossinnen könnten die „Gleichheit“ nicht entbehren. Werde der Charakter der Zeitschrift geändert, so verliere sie ihre Bedeutung für die Genossinnen und Genossen, ohne doch in die Masse der Frauen zu dringen. Genossin Greifenberg führte außerdem unter Bezugnahme auf Chemnitz an, daß es bei rührender Agitation wohl möglich sei, der „Gleichheit“ eine weitere Verbreitung zu sichern und dadurch schülend zu wirken. Der Antrag Hamburg wurde mit schwacher Majorität abgelehnt. Zur Annahme gelangte folgender Antrag der Genossinnen Wenzels, Threr und Greifenberg:

„Der Parteitag möge aussprechen, daß den Leitern der Arbeiterblätter aufgegeben wird, mehr wie bisher in den Ausführungen auf die Interessen der Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen, wie es von einigen Blättern bereits geschieht.“

Was die mündliche Agitation unter dem weiblichen Proletariat anbelangt, so zeitigten die Debatten zahlreiche Anregungen. Mehrere Rednerinnen, so besonders die Genossin Zieg, Greifenberg, Zeise führten aus, daß die Agitation unter den Frauen besonders an Fragen anknüpfen müsse, welche sie gleichsam persönlich berühren, in ihre Existenz, in die der Familie hineingreifen. Von besonderem Werth sei die persönliche Agitation in freundschaftlicher Aussprache nach der Versammlung. Genossin Zeise mahnte zu reger Agitation unter Hinweis auf die Bemühungen des Zentrums, die Frauen zu organisiren. Das einzige Wahlrecht, das den Frauen in Deutschland zusteht, das Wahlrecht zu den Ortskrankenkassen, zur Agitation unter den Frauen auszunützen, empfahl Genossin Zieg. Genossin Fürtch erachtete die Konsumvereine als treffliche Ausgangs- und Stützpunkte, um Aufklärung unter das weibliche Proletariat zu tragen. Genossin Steinbach pflichtete dieser Ansicht bei und empfahl des Weiteren die gewerkschaftliche Organisation als wirksamstes Mittel, den Arbeiterinnen Erkenntniß zu bringen und sie zu heben. Voraussetzung dafür, daß diese Aufklärungsarbeit geleistet werde, sei die Neutralität der Gewerkschaften. Auch Genossen Ragenstein können besonders durch die Agitation gegen den Alkohol Anknüpfungspunkte für die sozialistische Agitation unter den Frauen gewonnen werden. Der Redner wies weiter darauf hin, daß Fragen, welche das wirtschaftliche Interesse der Frauen, der proletarischen Familien berührten, agitatorisch ausgeübt werden müßten. So gegenwärtig die Kohlensteuerung, später — im Anschluß an den Ablauf der Handelsverträge — die Zoll- und Steuerfrage etc.

Eine sehr eingehende Erörterung wurde der Frage der Kleinarbeit in der Agitation zu Theil. Die Genossinnen Dunker, Jettin und Threr hoben die sehr große Bedeutung dieser Arbeit scharf hervor, zumal für die Agitation unter den Verfnisarbeiterinnen. Einzelne Genossinnen oder kleine Gruppen von Genossinnen hätten zunächst persönliche Fühlung mit einzelnen befähigten und energiegelassen Arbeiterinnen zu gewinnen und sie im freundschaftlichen Verkehr aufzuklären. Aufgabe dieser Arbeiterinnen wäre es dann, eine planmäßige Agitation unter ihren Freundinnen und Kameradinnen zu treiben. Sei dadurch der Boden in den einzelnen Betrieben und Werkstätten genügend vorbereitet, so habe eine systematische, gut geleitete und anhaltende Werksinnagitation der Genossinnen

einzusetzen. An diese schließt sich dann die Agitation in öffentlichen Versammlungen, die sich je nach den Umständen an die Arbeiterinnen einer Kategorie oder auch an alle Arbeiterinnen eines Ortes wendet. Von größter Bedeutung sei dabei, daß die Kleinagitationen wie die Referentinnen gründliche Kenntnisse der einschlägigen Verhältnisse haben, sich in ihren Ausführungen nicht in Allgemeintheiten bewegten, sondern sich so vertraut mit den Arbeits- und Existenzbedingungen ihres Publikums erweisen, daß jede einzelne Arbeiterin sich gleichsam persönlich erfaßt fühle. Genossin Dunker empfahl den Genossinnen, sich zum Zwecke der Kleinarbeit von Gewerkschaftlern die Adressen fähiger Arbeiterinnen geben zu lassen.

Gelegentlich der skizzirten Debatten ergriff auch Genosse Bernerstorfer das Wort. Er führte aus, daß aus den Verhandlungen über die Kleinarbeit hervorgehe, daß auch in Deutschland die Frauenbewegung noch im Werden begriffen sei und nicht die Stufe erklommen habe, die Alle wünschen. In diesem Stadium der Entwicklung sei die persönliche Agitation sehr wichtig. Wirksam sei auch, die Agitation in Versammlungen mit Anknüpfung von Fragen zu betreiben, welche die Proletarierinnen als Hausfrau berühren. So habe man in Oesterreich mit dem Zuderrummel, der Erhöhung der Zuderpfeiler, die Frauen in Scharen in die Versammlungen und auf die Straße gebracht. Freilich hätten sie sich bald wieder verkauft. Für die Organisation sei nichts dabei gewonnen worden. Er könne den Frauen nur raten, sich auf sich selbst zu stellen. Von den Männern dürfe nicht zu viel erwartet werden, viele von ihnen stehen der Aufklärungsarbeit unter den Frauen noch indifferent gegenüber. Wie der Sozialismus nur siegen kann durch die Arbeiter selbst, so kann auch die Frauenbewegung nur siegen durch die Frauen selbst.

Zur Frage der Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz wurde von Genossin Jettin dargelegt, daß sie auf Grund des Programms geführt werden müsse, das der Parteitag zu Hannover festgelegt hat. Festzuhalten sei vor Allen, daß — wie auch die Berichte der Fabrikinspektoren über die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen beweisen — der gesetzliche Schutz der Arbeiterinnen nicht bloß die verheiratheten, sondern auch die ledigen, vor Allem aber auch die jugendlichen Arbeiterinnen erfassen müsse. Dadurch werde verhindert, daß die Arbeiterin mit zerrüttetem Organismus in die Ehe und zur Mutterchaft komme. Von besonderer Wichtigkeit sei, für die Arbeiterinnen den gesetzlichen Achtstundentag und die Freigabe des Sonnabend Nachmittags zu erlangen. Dieser Ausführungen wurde allgemein beipflichtet. Mehrere Rednerinnen, so Genossin Tröger, betonten, daß viele der jetzt geltenden Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen nur auf dem Papier beständen. Den Arbeiterinnen mangelt vielfach die Kenntniß ihres Rechts und noch öfter die Macht, diesen Geltung zu verschaffen. Wichtig sei, die Arbeiterinnen über die gesetzlichen Bestimmungen aufzuklären und sie auf die Thätigkeit der weiblichen Vertrauenspersonen der Gewerkschaften aufmerksam zu machen.

Die Debatten beschäftigten sich in der Folge im Anschluß an den Antrag der Genossin Dunker, bezw. der Leipziger Genossinnen mit der Frage der Erweiterung und Sicherung des Wöchnerinnenschutzes. Die Genossin Dunker begründete ihn mit warmen Worten unter Hinweis auf die vorliegende Pflicht der Allgemeinheit, im Interesse der Zukunft Mutter und Kind zu schützen und dem letzteren wenigstens während der ersten drei Monate nach der Geburt die mütterliche Pflege zu sichern. Die Genossinnen Threr und Fürtch warnen in dieser Hinsicht vor zu weitgehenden Forderungen. Laut ärztlicher Feststellungen sei der weibliche Organismus sechs Wochen nach der Entbindung wieder im normalen Zustand. Bei ausgebehnter Schutzzeit sei eine Verdrängung der verheiratheten Arbeiterinnen aus der Industrie, bezw. der Verlust der Arbeitsgelegenheit für die einzelne Wöchnerin zu befürchten; des Weiteren auch, daß

an Stelle der Fabrikarbeit Heimarbeit und übermäßige häusliche Pflichtenleistungen im Grunde mit Entbehrungen treten. Die Genossen Adler und Braun (Königsberg) erachteten, daß in Verbindung mit einer ausgedehnten Schutzzeit eine sehr einschneidende Veränderung des Krankentagegesetzes eintreten müsse, die aber kaum zu erwarten sei. Von dem jetzt üblichen geringen Krankengeld können aber die Arbeiterinnen nicht leben. Die Genossinnen Zieg und Waader traten diesen Ausführungen entgegen. Erstere betonte, daß es sich um Aufstellung einer grundsätzlichen Forderung handle und nicht um einen Gesetzesentwurf. Wir haben deshalb zu erklären, was wir im Interesse der Frau, des Kindes, der Arbeiterklasse, ja der gesamten Nation verlangen müssen. An den Gesetzgebern sei es, Mittel und Wege ansfindig zu machen, um die Verwirklichung der Forderungen zu ermöglichen. Genossin Waader ergänzte diese Ausführungen dahin, daß die Unterstützung der Wöchnerinnen eventuell nicht allein durch die Krankentage in Aussicht genommen werden müsse. Man könne, wie es in Frankreich und Belgien geschehen, die Gründung einer besonderen Mutterschafts-Lasse fordern. Was die Krankentage anbelangt, so werde ihre Mehrbelastung durch die Wöchnerinnenunterstützung wieder aufgewogen durch geringere Ausgaben für kranke, zumal unterleibsleidende weibliche Mitglieder und für kranke, schwächliche Kinder. Was das geringe Einkommen der Frau anbetreffe, so werde der Ausfall dadurch wett gemacht, daß die Frau daheim bleiben und sparsamer, besser wirtschaften könne. Genossin Fürth bekräftigte die letztere Thatsache durch die Ergebnisse einer Enquete über Haushaltungsbudgets. Genosse Ragenstein hielt die Forderung der Leipziger Genossinnen auch mit Rücksicht auf die agitatorische Wirkung für bedenklich. Er rieth dazu, Festhaltung der geltenden Schutzfristen für Schwangere und Wöchnerinnen zu fordern, Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, Erhöhung des Krankengeldes auf den vollen Betrag des Lohnes und obligatorische Ausdehnung der Unterstützung auf die Frauen der verheirateten Klassenmitglieder. Nach längeren Erörterungen über das Für und Wider der kritischen Frage gelangte der Kompromißantrag Zettin zur Annahme:

„Als Mindestmaß an gesetzlichem Schutz für die proletarische Frau als Mutter ist zu fordern: Aufrechterhaltung der bereits gesetzlich festgelegten Schutzzeit für erwerbstätige Schwangere und Wöchnerinnen von 4 Wochen vor bis 6 Wochen nach der Geburt. Beseitigung der Ausnahmebewilligungen zu früherer Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Erhöhung des Krankengeldes auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagelohns. Obligatorische Ausdehnung der Krankentageunterstützung der Wöchnerinnen auf die Frauen der Mitglieder.“

Genossin Zettin erörterte darauf das Wie der Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutzes. Ihrer Ansicht nach muß dieselbe sofort vorbereitet und in Angriff genommen werden. Es gilt die Situation auszunutzen, welche durch die Erhebung über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen geschaffen worden ist, die uns vorzügliches Agitationsmaterial geliefert hat. Wenn der Reichstag im Anschluß an die Berichte der Gewerbeaufsicht die Materie behandelt, so muß unsere Fraktion sich bei ihren Anregungen und Anträgen auf die Forderungen und Willensstimmungen der Arbeiterinnen selbst berufen können. Unserer Agitation falle eine zweifache Aufgabe zu. Einmal müsse sie die Arbeiterinnen von der Nothwendigkeit und Bedeutung der erhobenen Forderungen überzeugen und ihre Erkenntnis zum festen Willen verdichten, die dringenden Reformen erkämpfen zu wollen. Zweitens aber muß dieser Wille zur Kenntniß der gesetzgebenden Gewalten gebracht werden. Genossin Zettin empfahl, daß die Zentralvertrauenspersonen der Genossinnen sich mit den einzelnen Vertrauenspersonen betreffs der planmäßigen Vorbereitung der Agitation zu verständigen habe, insbesondere auch, um überall im Einvernehmen mit den Gewerk-

schaften und Genossen zu handeln. Nach einem Ueberblick über die Agitationsgebiete, die Anforderungen, verfügbaren materiellen und rednerischen Kräfte sind die Agitationsversammlungen anzusetzen. In allen Versammlungen kommt eine gleichlautende Resolution zur Abstimmung. Sachkundige Genossinnen sollten die Frage des Arbeiterschutzes in allen öffentlichen Versammlungen zur Sprache bringen und hier ebenfalls über die Resolution abstimmen lassen. Die Vertrauenspersonen der einzelnen Orte haben eine Zusammenstellung über Versammlungen und Zahl der Abstimmenden vorzunehmen und der Zentralvertrauensperson einzuschicken. Diese stellt das Gesamtresultat für ganz Deutschland fest und theilt es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit, bezw. stellt es in einer begründeten Eingabe dem Reichstag zu. Die Rednerin regte an, daß es vielleicht zweckmäßig sei, für die Eingabe Unterschriften zu sammeln, wie es gelegentlich der Eingabe zur lex Heinze geschehen. Was die schriftliche Agitation anbelange, so seien Flugblätter und Broschüren zu schaffen über die geltenden gesetzlichen Schutzbestimmungen, über unsere Forderungen zc. Genossin Fürth empfahl, in einer Broschüre das schätzenswerthe Material zu veröffentlichen, was in den Berichten der Fabrikinspektoren über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen enthalten ist. Diese Anregungen fanden allseitige Zustimmung. Genossin Zieg wies auf Grund ihrer reichen Erfahrungen nach, welche großes Interesse die Frauen der Frage des gesetzlichen Arbeiterschutzes entgegenbringen und wie wirksam in jeder Hinsicht eine Agitation für unsere Forderungen sei.

Die Debatten über die Frauenbildungsvereine führten zu lebhaften Auseinandersetzungen. Hier standen sich die Meinungen am schroffsten gegenüber. Die Genossin Steinbach sprach auf Grund der vorliegenden, langjährigen Erfahrungen den Frauenbildungsvereinen jede Existenzberechtigung ab. Es fehle an dem nötigen Menschenmaterial, das sich bilden lassen wolle. Die Teilnahme der jungen Arbeiter an Bildungsvereinen und Arbeiterbildungsschulen sei gering in Folge der armenlichen Existenzbedingungen, die Lage der proletarischen Frauen sei eine noch jammervollere. Wo solle da der Wunsch leimen und wachsen nach besserer Bildung, vor Allem aber woher solle die Zeit und geistige Frische kommen, um auch nur vorhandene Bildungsmittel auszunutzen? Es fehle aber, so führte Genossin Steinbach weiter aus, den Bildungsvereinen an geeigneten Lehrkräften. Die Frauenbildungsvereine seien eine zwecklose Spielerei und verwandelten sich fast stets in Klatsch- und Zankvereine. Wo es möglich sei, sollten die bildungsbegeisterten Frauen den politischen Organisationen der Männer beitreten, andererseits sich aber in den Volksversammlungen und durch die Presse aufklären. Die Arbeiterinnen müßten sich insgesamt den Gewerkschaften anschließen, hier fänden sie Aufklärung und Schulung zugleich mit einer wirksamen Vertretung ihrer Interessen. Genossin Gotthausen verpflichtete diesen Ausführungen durchaus bei und fügte ihr abschließendes Urtheil über die Frauenbildungsvereine auf ihre eigenen Erfahrungen in der Rheinprovinz. Genosse Drubis sprach in dem gleichen Sinne. Die Genossinnen Threr, Dunker, Zieg, Greifenberg und Tröger redeten dagegen den Frauenbildungsvereinen warm das Wort, vorausgesetzt, daß ihre Gründung nicht kopflos erfolgt und die Vorbereitungen für eine gezielte Entwicklung vorhanden seien. Auch Genosse Braun (Königsberg) betrat die Ansicht, daß Frauenbildungsvereine unter Umständen sehr nützlich wirken könnten. Genossin Dunker hob hauptsächlich den erzieherischen Einfluß der Frauenbildungsvereine hervor. Durch Belehrung wecken und stärken sie das Persönlichkeitsbewußtsein der Frauen, damit aber auch ihr Pflichtbewußtsein. Sie entwickelten das Solidaritätsgefühl und gewöhnten sich an Opfer für eine Gemeinschaft. Das Wissen, das sie den Frauen durch Vorträge und besonders auch durch Vortragskurse bieten könnten, sei sehr werthvoll. Es befähigt die Frau zu höheren Pflichtleistungen. Genossin Zieg schilderte die Wichtigkeit der Frauenbildungsvereine in

solchen Ländern, wo den Frauen durch das Vereinsgesetz jede andere Form der Organisation unmöglich sei. Dort stelle der Bildungsverein die einzige Möglichkeit dar, das Gemeinschaftsgefühl der Frauen zu wecken und zu entwickeln. Genossin Threr wies eingehend nach, daß die vorliegenden bösen Erfahrungen nicht dem Wesen der Frauenbildungsvereine zur Last gelegt werden dürften. Sie seien bedingt worden durch die Umstände, unter denen die Organisationen entstanden und wirkten. Vielerorts gründeten die Genossinnen Vereine, ohne daß die Vorbedingungen für ihre gesunde Entwicklung vorhanden waren. Sie besaßen weder leitende, noch lehrende Kräfte, es mangelte ihnen Klarheit über das, was die Organisationen leisten konnten und leisten sollten. So fielen nicht wenige Vereine der polizeilichen Auflösung, andere dem Verfall anheim. Trotz allem aber ist — das zeigt ebenfalls die Erfahrung — unter gewissen Umständen die Gründung von Frauenbildungsvereinen möglich und ihre gesunde Entwicklung möglich. In Ländern mit reaktionärem Vereinsgesetz sind sie für die proletarischen Hausfrauen Stätten der Aufklärung, Mittelpunkte des Zusammenhanges. Aber auch dort, wo günstige vereinseigentliche Bestimmungen bestehen, kann der Frauenbildungsverein segensreich wirken. Ueberall mußte im Voraus gewissenhaft geprüft werden, ob die Vorbedingungen für ein gesundes Emporwachsen eines Vereins vorhanden seien, insbesondere auch die nötigen leitenden Kräfte. Die Bildungsvereine dürfen nicht Politik auf Umwegen treiben wollen, wo den Frauen geschlechtlich die Beschäftigung mit Politik verwehrt sei. Sie dürften nicht Konkurrenz- und Oppositionsvereine gegenüber den bestehenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sein. Sie müßten solche Bildungsbedürfnisse der Frauen befriedigen, die innerhalb der politischen und gewerkschaftlichen Organisation nicht befriedigt werden könnten. Genossin Kästler führte aus, daß die Bildungsvereine außerhalb der politischen Bewegung ständen. Die Konferenz könne deshalb keinen sie betreffenden Beschluß fassen, sondern nur in einer Resolution ihre Sympathie kundgeben. Die Konferenz beschloß dieser Auffassung entsprechend durch Annahme folgender Resolution:

„Die Konferenz spricht ihre Sympathie aus für die Gründung von Frauenbildungsvereinen an solchen Orten, wo die Kräfte für die Leitung vorhanden sind. Wenn solche Vereine durch Belehrung erreichen, daß die Hausfrauen besser aufgeklärte Kindererzieherinnen werden, wenn sie das Solidaritätsgefühl der Frauen wecken, so haben sie ihre Aufgabe voll erfüllt.“

Von der nämlichen Auffassung ausgehend erledigte sie die Anträge der Genossin Braun zur Frage durch Uebergang zur Tagesordnung. Mehrere Rednerinnen hatten betont, daß dieselben sehr schätzenswerthe Anregungen enthielten.

Die Verhandlungen zu Punkt 4 der Tagesordnung: **Allgemeines**, waren kurz. Die Resolution Zetkin:

„Die ebenso notwendige als schwierige gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ist mit allem Nachdruck zu fördern. In Verbindung mit der Generalkommission und den Gewerkschaften haben die Genossinnen nach praktischen Mitteln und Wegen zu suchen, um die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften zu regerer Mitarbeit innerhalb der Organisation, insbesondere aber zur Leistung der erforderlichen, so hochbedeutsamen Kleinarbeit heranzuziehen“ wurde einstimmig debattelos angenommen.

Ein Antrag der Genossin Rönisch, die volkswirtschaftliche Aufklärung der Frauen betreffend, wurde durch die Beschlüsse zum Punkte Agitation für erledigt erklärt. Eine kurze Debatte entspann sich zu dem Antrag der Genossin Braun, die Stellung der proletarischen zur bürgerlichen Frauenbewegung zu präzisieren. Meinungsverschiedenheiten traten in derselben nicht zu Tage. Die Genossinnen Zetkin, Threr, Rieg, Wengels und Genosse Lebour waren übereinstimmend der Ansicht, daß kein Grund vorliege, die grundsätzliche Stellung der proletarischen zur bürgerlichen Frauenbewegung einer Revision zu unterziehen. Jeweils eine einzelne

Genossinnen auf Gebieten, die außerhalb der sozialistischen Bewegung liegen oder von dieser zur Zeit noch nicht erfasst werden können, mit Frauenrechtlerinnen und anderen bürgerlichen Elementen gelegentlich und vorübergehend zusammenwirken könnten, das müsse dem persönlichen Ermessen, ihrem Geschmac, ihrem Tatgefühl und der Wichtigkeit besonderer Umstände überlassen bleiben. Voraussetzung sei, daß sie überall als Sozialdemokratinnen wirkten. Genossin Steinbach gab ihrer Genugthuung Ausdruck, daß der Gedanke der Neutralität für bestimmte Gebiete von den Genossinnen anerkannt werde. Unter lebhafter Zustimmung erwiderte Genosse Lebour darauf, daß die Neutralität der Gewerkschaften und das gelegentliche Zusammenarbeiten einzelner Genossinnen mit Frauenrechtlerinnen zwei fundamental verschiedene Dinge seien. Die Genossinnen propagierten auf einem fremden Gebiet sozialdemokratische Ideen. Die Neutralisten aber suchten die sozialdemokratischen Ideen zu verschleiern. Sie steckten die rothe Fahne in die Tasche und gaben ein rothes Stipfel heraus, so heiße es, daß sei ein Taschentuch und keine Fahne.

Die Konferenz erledigte den Antrag Braun durch Uebergang zur Tagesordnung. Sie bestimmte, welche Anträge und Resolutionen zu dem Parteitag vorgelegt werden sollten. (Siehe Anträge 72—75 des Parteitags-Protokolls). Die Tagenden schritten darauf zur Wahl der Zentralvertrauensperson. Die Genossinnen Waader und Threr wurden für das Amt vorgeschlagen. Von keiner Seite wurde bestritten, daß die Eine wie die Andere für die Vertrauensstellung befähigt sei. Dagegen wurde gegen die Wahl der Genossin Waader geltend gemacht, daß ihre Berufstätigkeit ihr Wirken als Vertrauensperson erschweren und beeinträchtigen werde. Von der anderen Seite wurde darauf hingewiesen, daß die rege Agitation der Genossin Threr — deren agitatorische Kraft unentbehrlich sei — sich mit der Tätigkeit der Vertrauensperson nicht vereinbaren lasse. Bei der Abstimmung wurde Genossin Waader mit allen gegen zwei Stimmen gewählt.

Genossin Zetkin schloß die Konferenz mit einigen Worten des Dankes für die pflichttreue, sachliche, fleißige Mitarbeit aller Theilnehmerinnen und Theilnehmer, mit dem Ausdruck der Befriedigung über den Verlauf der Verhandlungen, mit einem Hinweis auf die Zusammengehörigkeit der proletarischen Frauenbewegung und der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung, sowie auf die harrenden Pflichten und Aufgaben. Die Konferenz rang in einem begeisterten dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie aus.

Druckfehler - Berichtigung.

- Es. 131 Zeile 7 ist hinter den Worten: Resolution 72 anzufügen: Ferner die Anträge 68, 70, 82—84 und 86—89.
Es. 174 Zeile 25 von oben lies: Greifenberg-Augsburg statt Greifenberg-Berlin.
Es. 180 Zeile 3 von unten ist statt Anträge 62 und 70 zu lesen: Anträge 62 und 60.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Abé, Albin Adler, Eduard Albrecht, Adolf Althaus, Christian Antrich, Otto Auer, Ignaz	Dortmund Berlin Berlin	Hamm-Soest u. 1. Sächsischer. 7. Schleswig-Holstein Anhalt II. 1. Nassauischer.
Baerer, Heinrich Baudert, Aug. Bebel, August Bérard Berger, Ernst Berger, Albin Bergmann, Hartwig	Hamburg Hollba Berlin Hamburg Cottbus Neehrane Kalt	17. Hannoverischer. Weimar I. Cottbus, Spremberg, W.* 17. Sächsischer. Mühlheim a. R., Wippertürth- Gummersbach, Darmstadt-Groß-Gerau. Worms-Heppenheim-Wimpfen.
Berthold, Heinrich	Darmstadt	
Blaß, Wilhelm Boehle, Bernhard Bornmann, Heinr. Brandes, Alwin Braun, Otto Bren, Aug. Brühne, Friedrich Brühns, Julius Brunzel, Reinhold Buckholdt, Otto Buiold, Heinrich Bulmer, Hans Buder, Chr.	Stuttgart Straßburg Hannover Magdeburg Magdeburg Hannover Frankfurt a. M. Breslau Berlin Bittau Friedberg Würzburg Forst i. U.	Strasburg (Stadt). 8. Hannoverischer. Magdeburg. Königsberg. Sameln-Kammer u. 13. Hannover. Breslau Ost und West. Berlin II. 1. und 3. Sächsischer. Friedberg-Büdingen. Würzburg. Soran-Forst R.-L.
Calver Cramer, Balthezar Craß, Thomas	Charlottenburg Darmstadt Fechenheim	Hannau-Gelnhausen-Drö.
David, Dr. Eduard Deichmann, Karl Deinhardt, Georg Denner, Wilhelm Diez, Heinrich Dräger, Albert Dresdler, Fritz Dresbach, Aug. Düwell, Wilhelm Dunder, Räte	Mombach Bremen Erlangen Waltershausen Stuttgart Dresden Burg s. M. Mannheim Essen Leipzig	Mainz-Oppenheim. Bremen. Fürth-Erlangen. Gotha. 4. Sächsischer. Verichow I und II. Essen a. R. 12. und 13. Sächsischer (von den Frauen).
Eberhardt, Wilhelm Eßlinge, F. Ehrhart, F. F. Eichhorn, Emil Eißner Eißner, L. Em. v.	Charlottenburg Wandsbeck Ludwigshafen Mannheim Berlin Offenbach Hamburg	Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg 8. und 10. Schleswig-Holstein. 11. und 12. Badischer. Offenbach-Dieburg.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Gammel, Leopold Engler, Wilh. Erdmann, Dr. Aug. Erdmann, Karl Ernst, Eugen Esser, Christian Geers, Joseph	Mülhausen Freiburg i. B. Köln Dortmund Berlin Minden Hildesheim	2. Elsaß-Lothringer. Freiburg. Köln (Land). Dortmund-Görbe. Berlin VI, Ruytin-Templin, Westpreignitz. Minden-Lübbeck. 10. Hannoverischer.
Gaber, Emil Gauth, Albrecht Gendrich, M. Gendner, Johann Gischer, Edmund Gischer, Richard Görker, Hermann Gortfert, Ernst Graz, Servaz Friedberg, Siegmund Friedrich, Otto Friedrich, Otto Frohne, Karl	Frankfurt a. D. Weglar Karlsruhe Kreuznach Friesnit Berlin Hamburg Solingen Sechshelm Wainz Darmstadt Lübeck Hamburg	Frankfurt a. D.-Debus. Weglar-Altenkirchen. 10. Badischer. Kreuznach-Simmern. Solingen. Mainz-Oppenheim. Wingen-Alzey. Darmstadt-Groß-Gerau. Lübeck. Worms-Heppenheim-Wimpfen. Niederbarnim. 7. Offenburger-Kehl. Wangleben. Niederbarnim. Offenbach-Dieburg. Altena-Fierlohn. Schwarzburg-Sondershausen. Königsberg-Neumark. Nawitzsch und Kolmar-Schoenante. Frankfurt a. M. Muggenstern und Umgegend. 2., 12. und 13. Sächsischer. Dülstedorf. Hamburg I. Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg 14. Sächsischer.
Gambel, Fr. Gebauer, Paul Geel, Adolf Gerisch, Albin Gerlach, Ferd. Gerstenberger, Emil Gesser, A. Gewebr, Wilh. Geyer, Fritz Giele, Fr. Goerte, Otto Gogowski, Joseph Göller, Romanus Greifenberg, Marie Grenz, Ernst Grimpe, Hermann Griemwaldt, Louis Gruhl, Karl Günther, Ernst	Worms Hummelsburg Offenburg Berlin Halberstadt Weissenfee Bieber Eberfeld Leipzig Krißnitz Charlottenburg Bozen Frankfurt a. M. Mugsburg Leipzig Eberfeld Hamburg Nowawes Nochitz	Worms-Heppenheim-Wimpfen. Niederbarnim. 7. Offenburger-Kehl. Wangleben. Niederbarnim. Offenbach-Dieburg. Altena-Fierlohn. Schwarzburg-Sondershausen. Königsberg-Neumark. Nawitzsch und Kolmar-Schoenante. Frankfurt a. M. Muggenstern und Umgegend. 2., 12. und 13. Sächsischer. Dülstedorf. Hamburg I. Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg 14. Sächsischer.
Hanse, Georg Hanse, Hugo Häbicht, Robert Haller, Dr. Sigm. Harris, Leopold Haud, Jean Haupt, Wilhelm Heine, Karl Herrmann, Konrad Herzfeld, Dr. Hoch, Franz Hoch, Gustav Höppner, Wilhelm Hoffmann, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Paul Hoffmann, Franz Horn, Georg	Berlin Königsberg Frankfurt a. M. St. Alban Simbach Ludwigshafen Magdeburg Hamburg Nürnberg Berlin Berlin Hannau Cotta Berlin Berlin Hamburg Chemnitz Mindenau- Köfingensbroda Blauen Bant	Kattowitz-Zabrze. Frankfurt a. M. Hamburg. Friedberg-Büdingen. Homburg-Kusel. Hamburg III. Weiden-Neustadt u. Forchheim-Culmbach. Berlin III. 6. Sächsischer. Berlin IV. Berlin IV. Hamburg II. 22. Sächsischer. 23. Sächsischer. 1. und 2. Hannoverischer.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Jakobsen, F. Jens, Marx Jhner, Emma Jlrs, Karl Jungnickel, Bernhard	Ottensen Pantow Neumünster Dresden	6. Schleswig-Holsteinischer. 8. Schleswig-Holsteinischer. Berlin V. 7. Schleswig-Holsteinischer. 4. Sächsischer.
Raben, August Rahl, F. Räppler, Hermann Raufohn, Gustav Reil, Carl Reller, Hugo	Dresden Duisburg Altendurg Zobnitz Wilkau Wobitz	Duisburg-Mülheim. Anhalt I. 19. Sächsischer. 22. Sächsischer. Görlitz-Lauban, Sagan-Sprottau, Rosenberg. Berlin VI, Ost-Preignitz.
Riesel, Max Ries, Wilhelm Rlement, Eduard Rlingenbagen, Feinr. Rloth, Emil Röthe, Heinrich Roenen, Feinr. Rönig, Max Roh, Fc. Rohke, Franz Rühn, Aug.	Berlin Magdeburg Kaiserlautern Herford Leipzig Eiker Hamburg Bachum Schwerin Berlin Langensiefenau	Kaiserlautern-Kirchhain-Solanden. Herford-Galle. 12. und 13. Sächsischer. Bielefeld-Wiedenbrück. Bachum. 2. Mecklenburg. Berlin V und Guben-Stöben. Reichenbach-Kearode, Buzlau-Olden, Landeshut-Vollstein-Jauer i. Schl., Grünberg-Preystadt.
Rühn, Emil Rümmei, Karl Rumeri, Fritz Rynast, Aug.	Dübels Barmen Berlin-Säbende Hainberg	10. Sächsischer. Barmen-Oberfeld. Galle-Saalkreis. Hainberg-Altendorf, Schwabach-Klabach.
Redebour, Georg Redebour, Minna Reiche, Fr. Reuter, Paul Riedmann, Valentin Rösch, August Ruzenburg, Rosa	Striefen Striefen Hamburg Holsda Witzing Schney Berlin	6. Sächsischer, Dresden-Laub. Dresden. 8. und 10. Schleswig-Holsteinischer. 8. Weimar, Gera-Neustadt, Weida. Mairz-Oppeheim. Kronach-Nichtersfeld, Hof i. B. Pofen, Neustadt O.-S., Weitzen-Larnowitz.
Manasse-Waldek Rardwald, Hans Rehlfass, Friedrich Reifel, Edmund Reiff, Carl Reißer, Feinr. Rerowski, Franz Rehger, W. Rehner, Theodor Michaelis, Emil Reising, Max Reisenbühr, Herm. Reuder, Herm. Max Reüler, Adolf Reüler, G. Müller, Johann Müller, Theodor	Berlin Halberstadt Hamburg Erlmmitzhan Göln a. Rh. Hannover Berlin Hamburg Berlin Waldenburg i. Schl. Viegnitz Hamburg Wurzen München Leipzig-Modem Mutterstadt Hensburg	Oberbarnim, Berlin I. Oschersleben-Halberstadt-Berningerode. Hamburg II. 18. Sächsischer. Rempe-Renscheid-Mettmann. Rattowitz-Jabrje. Hüllshan, Schwiebus, Krossen, Waldenbur. Viegnitz-Goldberg, Gagnau. 11. Sächsischer. München I. 12. und 13. Sächsischer. Ludwigsbagen-Spenger-Frankenthal. Epenrode-Hensburg.
Reutscher, Carl Reutsche, Ernst	Garbrücken Großhain	Garbrücken. 7. Sächsischer.
Oberländer, Herm. Ohlenbeck, Fritz Opficial, Wilhelm	Deulowoda Braunschweig Pforzheim	Neuß Alt. B. 1. und 2. Braunschweig. 9. Badischer.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Orbig, Karl Otto, Adolf	Giegen Dresden	Alsfeld-Dauterbach-Schotten, Siegen Grünberg-Nidda. 5. Sächsischer.
Pfannkuch, Wilhelm Pfarr, Johann Pfeiffer, F.	Berlin Berlin Cassel	Berlin VI. Cassel-Melungen, Eschwege-Mitzenhausen- Schmalkalden.
Pickelmann, Ludwig Pfever, Wilhelm Pflorin, Hermann	München Spanbau Galle	München I. Potsdam, Ost-Havelland. Raumburg-Weißenfels-Zeitz.
Quard, Dr. Max	Frankfurt a. M.	2. Nassauischer.
Raach, Georg Rabloff, Otto Rau, Andreas Reck, Friedrich Reichhaus, Paul Reinwand, Karl Reimer, Ludwig Riegel, Carl Rieger, August Riemann, Carl Rohrbirch, Hugo Rosenow, Emil	Pfungstadt Wilhelmsburg Mülheim a. M. Mühlagen Erfurt Galle Augsburg Wiena Köln (Stadt). Chemnitz Tschoe Berlin	Darmstadt-Gros-Gerau. 17. Hannoverischer. Bensheim-Erbach. Mühlagen 2., 5. und 10. Württemberg. Galle, Saal- und Mansfelder Kreis. Augsburg. 8. Sächsischer. Köln (Stadt). 18. Sächsischer. 5. Schleswig-Holsteinischer.
Sachle, Hermann Sädler, Joseph Schauer, Jacob Schelbe, V. Schelbemann, Pfl. Scherm, Johann Schmalbeck, Feinr. Schmidt, Franz Schmidt, W. Schneider, Friedrich Schoenlant, Bruno Schöpflin, Georg Scholz, Paul Schradler, Christoph Schubert, Herm. Schulz, Feinr. Schulze, Ernst Seelig, Martin Seiffert, Julius Seiffert, Max Seiffert, Wllh. Sibow, Otto Sindermann, Carl Singer, Paul Sommer, Carl Stabe, F. Stadthagen, Arthur Statoßon Stein, Johann Stille, Wilhelm Stille, Wilhelm Storz, Franz Strotze, Friedrich Stube, Feinrich Sturckenreich, Feinr. Südelum, Albert	Widau Schweinfurt Weidenheim Hartmannsdorf Hainberg Hainberg Kremerhagen München Frankfurt Gasse Leipzig Chemnitz Berlin Berlin II. Hannoverscher. Seltow-Beesfom, Kalau-Ludau. Erfurt-Schleusing-Regenbrück. 9. Sächsischer. Hagen-Schweim. 16. und 21. Sächsischer. Berlin II. 4. Hannoverischer. Seltow-Beesfom, Kalau-Ludau. Erfurt-Schleusing-Regenbrück. 9. Sächsischer. 12. und 13. Sächsischer. 11. Württemberg. Brandenburg-West-Havelland. 6. Sächsischer. 13. Badischer. 14. Hannoverischer. 6. Mecklenburger. Brandenburg-Neustadt. Hamburg III. Stettin, Randow-Greifenhagen. Sachsen-Mittelel. Hamburg III. Ludwigsbagen-Spenger-Frankenthal.	

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Thomas, S. Zürcher, Richard	Witton Wolmirstedt	8. und 10. Schleswig-Holsteinischer. Neugaldensleben-Wolmirstedt.
Mollenbaum, Wilh. Ulrich, Carl Ulrich, Gustav	Ebersfeld Ofenbach a. M. Stuttgart	Harmen-Ebersfeld. 2. Württemberg.
Wetterlein, Emil Wollmar, Georg v.	Gera München	Neuß j. E.
Wartenberg, A. Wagner, Otto Wahler, Eduard Weich, Georg Weiß, Richard Weißmann, Anton Wichmann, Julius Wigorowski, Georg Wolbersky, Hugo Wolff, Karl Wolters, Heinrich Wurm, Emanuel	Berlin Stuttgart Sonneberg Hannover Berlin Galle a. S. Berlin Stuttgart Berlin Berlin Berlin Krefeld Berlin	Berlin III. 1. und 6. Württemberg. 2. Württemberg. 8. Hannoverischer. Berlin IV. Ursulastraße-Friedeburg. Deitsch-Bitterfeld. Berlin III. Calbe-Mehrsleben. Berlin II. Berlin I. Krefeld.
Zahn, Peter Zentler, Adolf Zettlin-Zundel, Clara Zid, Friedr. Zieg, Louise Zorn, Georg Zubeil, Fritz	Mühlheim a. M. Bielefeld Stuttgart Hürtz Hamburg Hürtz Berlin	Bensheim-Erbach, Ofenbach-Dieburg. Bielefeld-Wiedenbrück. Hürtz-Erlangen. Hürtz-Erlangen. Hürtz-Erlangen.

Genosse Heinrich Schulz-Erfurt war in Folge Verurteilung seines Redaktionskollegen zu 1 Jahr Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung und dessen sofortigen Verhaftung gezwungen, bereits am 18. September, Nachmittags, den Parteitag zu verlassen; Genosse Raith, Delegierter für München II, war als Leiter des Schreinerstreiks in München verhindert, am Kongress teilzunehmen.

Als Gäste sind anwesend: die Genossen Dr. Wilhelm Ellenbogen und Engelbert Bernerstorfer als Vertreter der deutschen und Anton Nemeec als Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Genosse B. Ustew vom kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London.

Aufschriften und Telegramme.

Amsterdam. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Niederlande; Genosse Kagenmayer. — Deutzen (Oberschl.), Oberhessische Genossen. — Braunsfels. Die Genossen der Postkammer in Braunsfels. — Budapest. Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratischen Partei. — Cassel. Frude, Hartmann. — Dresden-Altsch. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins. — Freiwalddau (Kr. Liegnitz). Mehrere Genossen. — Gadenberg. Die Arbeiterber Zabazarbeiter-Genossenschaft. — Gagen i. W. Der sozialdemokratische Verein. — Halberstadt. Genosse Gurlmann, der vor 25 Jahren die Ehreung mitgemacht hat. — Halle. Die zur Saaleumgebung versammelten Genossen. — Kopenhagen. Deutscher Arbeiter-Verein. — London. Deffner. — Mailand. Zurati. — Mannheim. Männergefängnisverein Schweminger. — Memel. Die Memeler Genossen. — Mutterkorn (Alteinspitz). Sozialdemokratischer Verein. — Paris. Der deutsche sozialdemokratische Ausschuss; Redaktion der „Reit Republikaner“. — Pflauen i. B. Die Genossen des 23. Sächsischen Wahlkreises; Organisierte Metallarbeiter. — Posen. Die Posener Sozialdemokraten. — Rethersstieg. Die Wilhelmshurger Genossen. — Reinbeck. Distrikt I. 2. Hamburger Wahlkreis. — Rheindt. Die Parteigenossen von Rheindt; Genosse Späth. — Rixdorf. Die Steinarbeiter Rixdorf. — Stettin. Runge. — Tilsit. Parteiversammlung. — Trier und Wittlich. Genossen. — Uetersen. Die sozialdemokratische Partei Uetersens. — Weidenheim. Die sozialdemokratische Partei Weidenheims. — Hürtz. Die deutschen und österreichischen Parteigenossen in der Schweiz.

Sprech-Register.

Adler 164. 170. 174. 181. Albrecht 145. Lutric 152. Auer 101. 131. 138. 184.	Grimpe 147. Gruenwaldt 153. Haase-Berlin 125. 127. Haase-Königsberg 220. 230. Hacht 174. Harris 199. Harut 180. Hoch-Berlin 147. Ad. Hoffmann 117. 119. 151. 106. 172. 226. 229. 235. 239. Hoffmann-Hamburg 123. 172. Aug 168. 171. 174. 201. 208.	Quart 167. 212. 224. Riemann 225. Hofenow 195. Schäpe 177. Schäpe 175. 176. 179. Scheidemann 173. Schem 119. Schmaifeld 125. 164. Scholz 222. 233. Schönhauf 162. 200. Schöpflin 143. 153. 174. 176. Schwaber 221. [178]. Schulz-Erfurt 146. Seifert 201. Seifert 174. Seibermann 180. Singer 104. 105. 107. 115. 121. 130. 131. 142. 154. 168. 180. 187. 193. 195. 217. 219. 223. 231. 233. 234. 239. 242. Stöckfagen 228. Stein 201. Stolle 193. 231. Storch 118. Stübbe 124. 200. 201. Stübnerich 117. 201. Süßbaum 147.
Calver 188. 210. David 99. 201. 206. Reichmann 180. Ditz 114. Dreesbach 232. 235. Dunter 179. Düwell 144. 166. 178. 233. Erbgart 233. 235. Eichhorn 150. 179. 180. Eisner 126. v. Elm 128. 172. 173. Emmel 143. 166. Engler 173. Erdmann-Röhm 131. Evers 153.	Just 129. Jörger 145. 223. Kahl 183. Kiesel 116. 170. 195. 223. Kisch 167. Kremer 123. 129. König 146. 175. 183. Lebesour 166. 170. 195. 212. 218. 231. Leuter 201. 209. Luzemburg 116. 124. 126. 130. 165. 193. 194. 199. Mardian 200. Meier 218. 230. Meier 110. 120. Merkowski 129. Meyer 154. Mollensühr 124. 171. 172. 179. 198. 209. Müller-Miensburg 113. Müller-München 160. Nemeec 107. Nernerstorfer 106. Pannsch 107. 119. 174. Pitelmann 181.	
Heinrich 148. 165. 222. 223. Höcher-Berlin 175. 177. Porter 233. Friedrich-Heft 164. 180. Frohne 127. 168. 178. Geck 209. 218. 234. Gedich 109. Geweiz 124. 148. 229. Güller 175. 230. Greifenberg 174. Grenz 180. 224.	Mardian 200. Meier 218. 230. Meier 110. 120. Merkowski 129. Meyer 154. Mollensühr 124. 171. 172. 179. 198. 209. Müller-Miensburg 113. Müller-München 160. Nemeec 107. Nernerstorfer 106. Pannsch 107. 119. 174. Pitelmann 181.	

Sach-Register.

Mühlentagtag i. Bergbau 76. Agitation 17. 90. 108. 179. — unter den Frauen 251. 252. Altkopffrage 180. Anträge an den Parteitag 83—98. — angenommen 244. — für den nächsten Parteitag 180. — betr. Agitation 90. — nächsten Parteitag 92. — Organisation 84. 131. — Parlamentar. 90. 95. — Presse 89. 170. — Programm 83. — Protokoll der Frauenkonferenz 200. — Tagesordnung 83. — Taktik bei den preuß. Landtagswahlen 83. 95. 212. 220. 229. 239.	Anträge betr. Verkehrs- und Handelspolitik 94. 187. 193. 212. — — Weltpolitik 93. 161. 166. 167. 170. — Sonstige 91. 92. 170. Arbeiterinnenschung 253. — Agitation für 253. Arbeitersekretariate 16. Aufhebung des Verbindungsverbots 16. Ausgaben der Parteikasse 29. — des Reiches 37. — des Vorwärts 25. — für das Meer 45. — Marine 47. — die Parteipresse 30. — die Schutzgebiete 43. Ausländer, läufige 14. Ausschluss aus der Partei (siehe Parteizugehörigkeit).	Ausweisung von Ausländern 14. Wädelereverordnung 39. Begrußungsfeier 93. Bergarbeiter-österreichische 15. Bergleute, ausgesparte 12. Bergwerks-Verstaatlichung 170. 178. Bericht der Buchhandlung Vorwärts 26. — der Kasse 109. — der Kontrollen 110. — der Mandatsprüfungskommission 152. — der Nomenkommission 200. — des Partei-Vorstandes 11 bis 80. 107—121. — der Reichstagsfraktion 37 bis 82. 120—130. — als Flugchrift 122.
--	---	---

- Bericht über Frauenkonferenz 200. 247.
 Buchdrucker-Streit 201.
 Buchhandlung Vorwärts 26. 110. 141. 142. 151. 187.
 Bureau des Parteitags 10.
 — Wahl 105.
 Dampfersubvention 44.
 Delegation nach Paris 242.
 Delegierten-Liste 246.
 — der Frauenkonferenz 247.
 Depesche an die Familie Liebnacht 104.
 Diäten für den Reichstag 80.
 Diktaturparagraf 79.
 Druckfehlerberichtigung 257.
 Einnahmen der Parteikasse 26. 109.
 — des Reiches 49.
 — des Vorwärts 25.
 Einsicht in die Geschäftsbücher des Vorstandes 139. 147. 187.
 Eröffnung des Parteitagés 104.
 Etats des Reiches 37.
 Fiskalers Gehaltsberhöhung 110.
 — Zurückziehung des Antrages 119.
 Fleischbeschau-Gesetz 60.
 Frauen als Vertrauenspersonen 139. 144. 184. 250.
 Frauenbewegung, bürgerliche 256.
 Frauenbildungsvereine 255.
 Frauenkonferenz-Bericht 200. 247.
 Frauenzeitungen, Herausgabe 251.
 Friedenskonferenz 44.
 Güte auf dem Parteitage 106.
 Geldmittel (s. Parteibeiträge).
 Gemeindevahlen 21.
 Gewerbeberichte 17. 108.
 Gewerbeordnung: Abänderung 53.
 Gewerkschaftl. Organisation der Arbeiterinnen 256.
 Handelsverträge 41. 188.
 Handelspolitik (siehe Verkehrspolitik).
 Hausindustrie 54.
 Impfungswang 12. 2.
 Initiativanträge 77.
 Interventionen 80.
 Invalidenversicherung 78.
 Kassenbericht 26. 109.
 Katholischer Klerikalismus, Schrift über 175.
 Kohlennoth 170. 176.
 Kommission zur Vorbereitung des Organisationsstatuts 152.
 — Bericht 184.
 Kommunalpolitische Zeilage zum „Vorwärts“ 174.
 Kommunalprogramme 106.
 Kontrolleure, Bericht 110.
 — Wahl 231.
 Kontrollkommission 139. 140. 148. 219. 231.
 Krankenaffen-Kongress 120.
 Krankenversicherung: Gesetz 12. 179.
 Landtagswahlen (siehe Preussische).
 Landtagswahlen in Einzelstaaten 21.
 Lebensmittelzölle 41. 50.
 Lex Heinze 64.
 Liebnacht, Trauerkundgebung für 104.
 Lokalsperren 15.
 Kontraktbruch ländl. Arbeiter 81.
 Maifeier 22. 154.
 — Resolution 92.
 Majestätsbeleidigungsparagraf 121. 124.
 Mandatsprüfungs-Kommission. Bericht 152.
 — Konstituierung 120.
 — Wahl 105.
 Marine 47. 67.
 Maximalarbeitsstag 76.
 Militarismus 45.
 Mittelstandslan 187. 197. 212.
 Mülhhauser Wahl 20. 112.
 Münzgesetz 55.
 Nachwahlen zum Reichstag 19.
 Namentl. Abstimm. 239. 241.
 Neunerkommission 120.
 — Bericht 200.
 Neunmuhladenschluß 54.
 Organisation (siehe Parteiorganisation).
 Organisationsstatut 6. 184.
 Parlamentar., Anträge 90.
 — Bericht 37—82. 120—130.
 Parteibeiträge 27. 109. 133. 134. 147. 149. 184.
 Parteidruckereien 24.
 Parteiorganisation 6. 16. 84—89. 131—152. 184—187.
 Parteipresse 23. 30. 89. 110. 170. 252.
 — über Kohlennoth 177.
 Parteiprogramm 3. 83. 190.
 Parteitag, nächster 92. 95. 180. 231.
 Partei-Vorstand 185. 231.
 Parteizugehörigkeit 135. 136. 143. 146. 148. 149. 184.
 — der Frauen 137. 145.
 Patentanwälte 57.
 Pensionsfonds 43.
 Petitionen 75.
 Polen, gegen ihre Unterdrückung 123—131.
 Polen, Erklärung des Vorwärts 129.
 Postgesetz 51.
 Preussische Landtagswahlen 212—242.
 — Resolutionen 91. 95. 212. 246.
 — Abänderungsanträge 212.
 Prügelstrafe 75.
 Reichspräsident in Sachsen 40.
 Regulativ für weibliche Vertrauenspersonen 248.
 Reichsstat 37. [212.
 Reichseisenbahnen 187. 197.
 Reichsschulden 48.
 Reichstagswahlen 19.
 Schlachtvieh-Gesetz 60.
 Seemannsordnung 73. 123.
 Seuchengesetz 62. [131.
 Sonstige Anträge 170.
 Sozialdemokraten in den Gemeinden 14.
 Strafregister 35. 36.
 Tagesordnung 9. 83.
 — der Frauenkonferenz 247.
 — Feststellung 105.
 — f. nächsten Parteitag 180.
 Unfallversicherungs-gesetz 57.
 Verbrauchssteuern (s. Zölle).
 Vereinsrecht 16. 56.
 Verkehrs- und Handelspolitik 187—212.
 — Resolution 94. 245.
 — Abänderungsanträge 187. 193.
 Veröffentlichung der Namen fehlender Fraktionsmitglieder 95. 122—131.
 Verhaftung der Bergwerke 170. 178.
 Vorlagen an den Parteitag 11—98.
 Vorwärts (s. Zentralorgan).
 Wahlen 19.
 Wahlprüfungen 74.
 Weltpolitik 116. 154—170.
 — Resolution 93. 245.
 — Abänderungsanträge 161. 166. 167. 169.
 Werftarbeiter, ausgesperrte 17.
 Wittwen- und Waisenversorgung 78.
 Wohnungsfrage 180. 183.
 Wöchnerinnen-Schutz 254.
 Zentralorgan 24. 89. 140. 148. 177.
 Zentrumspartei 76.
 — Broschüre gegen 175.
 Zölle u. Verbrauchssteuern 49.
 Zuchthausstrafen 35.
 Zuchthausvorlage 52.
 Zusammenstellung über das Schicksal der einzelnen Anträge 244.